

MDR Aktuell – Kempferts Klima-Podcast

Mittwoch, 12. Juli 2023

Thema: EU-Naturschutzgesetz: Beste Versicherung gegen Dürren

Marcus Schödel, Moderator

MDR Aktuell – Das Nachrichtenradio

Prof. Claudia Kempfert, Expertin

Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität in Lüneburg sowie Leiterin der Abteilung "Energie, Verkehr, Umwelt" am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Marcus Schödel

Hallo und willkommen, ich bin Marcus Schödel. In diesem Podcast sprechen wir über die Klimakrise. Diesen Podcast bekommen Sie werbefrei in der App der ARD-Audiothek und überall dort, wo es Podcasts gibt. Zweimal im Monat erklären wir wissenschaftliche Studien zu Klima- und Energiethemen, ordnen politische Entscheidungen ein und beantworten Ihre Fragen. Das machen wir mit der renommierten Klimaökonomin Professorin Claudia Kempfert. Sie leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Hallo, Frau Kempfert!

Claudia Kempfert

Hallo, Herr Schödel!

Marcus Schödel

Frau Kempfert, wir sprechen heute viel über die Natur, über Lebensräume, die der Mensch noch nicht zerstört hat. Sind sie gern in der Natur oder sind sie so eher der Stadtmensch?

Claudia Kempfert

Na, ich bin gern beides, also ich bin sehr gern in der Natur, aber lebe in der Stadt, also in Berlin, und da lebe ich auch gerne, aber suche mir da auch immer Grünräume und die Bereiche, die jetzt nicht ganz so dicht bevölkert sind, wie jetzt üblicherweise die Großstadt daneben. Also insofern vielleicht dann die Tendenz eher leicht zur Natur, Naturmensch.

Marcus Schödel

Also, ich muss sagen, mir geht es auch so ähnlich. Also ich lebe auch sehr gern in der Stadt, bin aber sehr froh, wenn in der Nähe viel Natur ist. Joggen macht z. B. viel, viel mehr Spaß im

Wald, als in der prallen Sonne, vor allem jetzt im Sommer bei der Hitze. Und damit sind wir beim Thema. In der EU gibt es zu wenig Natur, vor allem zu wenig intakte Natur. Und das soll sich jetzt ändern, durch das sogenannte „Gesetz zur Wiederherstellung der Natur“. Der Name sagt schon, worum es geht. In der EU soll eine riesige Renaturierung stattfinden, in Wald und Moorgebieten und auch im Wasser. Das Gesetz ist so wichtig, dass es auch als Europas größte Naturschutzinitiative bezeichnet wird. Wir haben den Podcast Mittwochvormittag aufgezeichnet. Ab 12 Uhr sollte das EU-Parlament über das Gesetz abstimmen. Das heißt, das Ergebnis kennen wir noch nicht. Trotzdem können wir die wichtigsten Fragen beantworten. Warum ist das Gesetz so wichtig? Und was passiert, wenn es scheitert? Warum befürchten rechte Parteien, dass Lebensmittel durch das Gesetz knapp werden und teuer werden? Und sind diese Ängste eigentlich berechtigt? Und wie sieht es eigentlich mit dem Naturschutz in Deutschland aus? Dann beschäftigen wir uns in dieser Folge mit Millionären und Milliardären. Es ist kein Geheimnis, dass reiche Menschen viel mehr CO₂ verbrauchen als andere Menschen. Muss die Politik was dagegen tun? Und wenn ja, welche Maßnahmen sind wirklich sinnvoll? Und dann beantworten wir noch eine richtig innovative Hörerfrage. Ein Hörer hat nämlich vorgeschlagen, alle Straßen weiß anzustreichen, damit das Sonnenlicht reflektiert wird. Seiner Meinung nach, eine sinnvolle Maßnahme gegen die Hitze. Was ist von dem Vorschlag zu halten? Das sind die Fragen und Themen dieser Folge. Und ich bin sehr gespannt, auf die Antworten.

02:54

Marcus Schödel

Sprechen wir als Erstes über das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Von Autofahrern höre ich immer wieder: Wenn man früher mit dem Auto gefahren ist, hatte man die ganze Windschutzscheibe voller Insekten kleben. Das hat sich geändert. Heute bleibe die Scheibe fast sauber. Das ist ein Beispiel dafür, dass es ein Artensterben gibt, dass mit der Natur etwas nicht in Ordnung ist. Und die Schuld liegt natürlich bei uns Menschen, weil wir der Natur immer weniger Raum geben, Wälder abholzen, Moore trockenlegen, die Meere überfischen

und weil wir zu viel Pestizide verwenden. Und dieser Trend soll jetzt in der EU gestoppt und umgekehrt werden, mit dem Renaturierungsgesetz. Frau Kemfert, was steht in diesem Gesetz drin? Und was sind die Kernpunkte?

Claudia Kemfert

Also mit diesem Gesetzentwurf, Sie haben es ja eben schon erläutert, da geht es jetzt darum, dass die Natur wiederhergestellt werden soll. Also die Europäische Kommission gibt das Ziel vor, bis zum Jahre 2030 80% der Lebensräume, die jetzt aktuell im schlechten Zustand sind, wiederherzustellen. Und das ist so der erste Rechtsakt dieser Art, der auch ganz gezielt auf die Wiederherstellung von Natur abzielt. Also hier sollen eben alle Arten von Ökosystemen renaturiert werden, Sie hatten es ja eben schon gesagt, von Wald, aber auch landwirtschaftlichen Flächen, bis auch hin zu Meeres-, Süßwasser- und auch städtischen Ökosystemen. Für jedes Mitgliedsland der EU würden dann ebenso rechtsverbindliche Ziele gelten, das soll damit einhergehen. Sie hatten ja eben auch schon deutlich gemacht, dass die Veränderungen der Natur ja wirklich mittlerweile ein echt gefährliches Ausmaß angenommen haben. Und dabei geht es nicht nur um den Klimawandel. Die Biodiversität ist stark bedroht, also die Vielfalt der Arten und auch die Lebensräume. Sie haben eben die Windschutzscheibe erwähnt, das ist ja auch so. Immer mehr Arten sind eben vom Aussterben bedroht. Und das ist wirklich einmalig jetzt in der Geschichte. Und das zeigt auch der Biodiversitätsratsbericht zum Zustand der Natur, der 2019 veröffentlicht wurde. Und da stand schon drin, dass ein Viertel aller Arten bereits davon betroffen sind, vom Aussterben betroffen sind. Das heißt, wir haben einen Artenschwund ohnegleichen und das bedeutet, dass mittlerweile über 680 Wirbeltierarten schon ausgestorben sind. Und das ist echt alarmierend. Und deswegen gibt es auch diese Artenschutzberichte auch von der Bundesregierung usw. Und deswegen haben ja die Vereinten Nationen dazu aufgerufen, eben für den Schutz der Natur einzutreten und haben auch den Zeitraum bis 2030, zur Dekade, zur Wiederherstellung von Ökosystemen erklärt. So, und da soll es jetzt nicht nur darum gehen, diese Verschlechterung der Situation aufzuhalten, sondern auch

möglichst umzukehren. Das heißt, bis 2030 sollen mindestens 20% der Land- und Meeresgebiete, sollen da Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt werden und auch diese bis 2050 auf alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme ausgedehnt werden. Und deswegen werden da auch Mittel bereitgestellt. Also hundert Milliarden Euro sind da im Raum für die Förderung der biologischen Vielfalt, und das soll eben auch zweckgebunden sein. So heißt es. Und das ist jetzt die Vorgabe, um dieses Gesetz geht es jetzt, und das ist einmalig in seiner Geschichte. Und es wäre sehr, sehr wünschenswert, dass dieses auch beschlossen werden würde heute, wir wissen es ja nicht.

Marcus Schödel

Jetzt hat das Gesetz nicht nur Fans, es gibt auch Gegner, die das Gesetz regelrecht bekämpfen, allen voran die Mitte-rechts-Fraktion EVP. Die Christdemokraten haben vor allem ein Problem mit einer Passage, bei der es um die Landwirtschaft geht. Die Bauern sollen nämlich ihr Land z. T. umgestalten, damit es dort mehr biologische Vielfalt gibt und da sagt die EVP: Um Gottes Willen, wenn den Landwirten Fläche weggenommen wird, dann werden weniger Lebensmittel produziert. Dann ist die Ernährungssicherheit in der EU in Gefahr. Außerdem steigen die Lebensmittelpreise. Frau Kemfert, ist das ein realistisches Szenario, was die EVP hier beschreibt?

Claudia Kemfert

Nein, überhaupt nicht. Also wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen das Gegenteil. Es ist ja so, dass derzeit durch den Raubbau an der Natur die landwirtschaftlichen Flächen eher leiden und die Landwirte ja selber auch ein Interesse daran haben sollten, dass das wieder sich verbessert und dass wir hier nicht eben diesen Raubbau an der Natur betreiben und dieses Drama an der Natur sich weiter fortbewegt. Also deswegen eben dieses EU-Renaturierungsgesetz auch, was ja auch ein zentrales Element des EU-Green-Deals ist. Und das ist ja auch schon seit längerem bekannt, dass man das machen will. Und hier hat man nichts ins Blaue hinein beschlossen, sondern das ist diese EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030, die ich ja eben schon erwähnt habe und die eben auch jetzt diesen Gesetzesvorschlag mit verbindlichen Wiederherstellungszielen für die Natur

vorgibt, oder zumindest vorschlägt. Und das wurde er schon mehrfach verzögert. Man hat ja auch schon jetzt länger darüber debattiert. Es gibt ja auch einen ersten größeren Naturschutzrechtsakt der EU, auch seit der Verabschiedung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie seit 1992, also die sogenannte FFH-Richtlinie. Und seit einiger Zeit wird ja jetzt seit längerem verhandelt. Und man muss deutlich sagen, also diese Vorhaben, was man da jetzt durch diesen Gesetzesvorschlag einbringt, ist die beste Versicherung gegen Dürren, Flut und andere klimabedingte Extremwetterereignisse, die wir haben. Und wenn man sich anguckt – ich habe jetzt auch noch mal in den ersten Entwurf reingeschaut – der ursprüngliche Entwurf, der hatte ja auch so drei Artikel, die da drin sind, wo eben auch die einzelnen Maßnahmen zur Wiederherstellung von mindestens 20% der Land- und Meeresflächen der EU eben beitragen sollen. Das ist diese Grundlage da drin. Und dann sollen eben einzelne Länder, Mitgliedstaaten, da verbindliche Vorgaben machen. Das heißt aber nicht, dass man landwirtschaftliche Flächen wegnimmt, sondern sie wiederaufbereitet, dass sie auch landwirtschaftlich wieder weitergenutzt werden können. Das ist die eine Desinformation, die da betrieben wurde. Und das zweite ist eben, dass es angeblich keine Studien oder Erkenntnisse gäbe. Da haben sich ja jetzt auch viele Wissenschaftler gegen gewehrt, 6000 Wissenschaftler aus 30 Ländern haben einen Brief unterzeichnet, wo sie es auch noch mal deutlich machen, es gibt so viele wissenschaftliche Studien dazu. Also diese Renaturierungsmaßnahmen schließen wirtschaftliche Aktivitäten nicht aus. Und die gesamten wissenschaftlichen Erkenntnisse deuten eben auch darauf hin, dass solche Maßnahmen, diese Ernährungssicherheit verbessert und nicht gefährdet, also, das ist auch noch einmal ein wichtiger Hinweis an dieser Stelle. Und in diesem offenen Brief wird ja auch noch mal deutlich gemacht, also es sind viele, viele Forscher*innen die da tiefe Besorgnis haben, auch über diesen ungerechtfertigten Angriff auf das Gesetz, der weitestgehend auf Fehlinformationen beruht. Das sagt eben auch dieser Brief, und dem schließe ich mich da auch an.

Marcus Schödel

Haben Sie den auch unterschrieben, den Brief?

Claudia Kemfert

Ich habe ihn selber nicht unterschrieben. Er hat mich leider rechtzeitig nicht mehr erreicht, aber ich würde ihn sofort unterschreiben, wenn es noch die Gelegenheit gäbe. Aber Kollegen von mir haben ihn unterzeichnet, insbesondere zwei aus dem Sachverständigenrat für Umweltfragen, Josef Settele und Wolfgang Lucht, beides hochgeschätzte Kollegen. Die haben auch unterzeichnet, auch viele andere vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Uni Rostock, Uni Duisburg-Essen usw. Also das ist eine lange, lange Liste von vielen renommierten Forscher*innen, die ganz gezielt auch nochmal deutlich machen, wieder einmal haben wir es hier mit Desinformationen zu tun, um eben Umweltschutz zu sabotieren. Dabei ist es für uns alle gut, was da drinsteht. Und es hat auch noch mal eine interessante Allianz gegeben. Ich weiß nicht, ob Sie das mitbekommen haben, zwischen WWF und dem Lebensmittelkonzern Nestlé, die ja auch noch mal deutlich gemacht haben, mit hundert anderen Unternehmen, wie auch Unilever oder Ikea, die auch eine dringende Verabschiedung dieses ehrgeizigen und rechtsverbindlichen EU-Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur, sich einsetzen und auch davor warnten, dass Landwirte hier angesichts des beispiellosen Zusammenbruchs unserer Ökosysteme und des Klimawandels hier auch eine Desinformationskampagne teilweise mitmachen und eben auch aus diesen Parteien heraus. Also das ist eine ganz interessante Entwicklung, die sich da ergeben hat. Und insofern muss man da wirklich diesen Behauptungen der EVP widersprechen.

11:53

Marcus Schödel

Sie haben diesen Brief der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eben schon angesprochen. Diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben den Brief an die EVP geschrieben, einen offenen Brief, in dem eben noch einmal deutlich gemacht wird, wie wichtig dieses Gesetz ist. Wenn man die EVP-Abgeordneten hört, hat man aber den Eindruck, okay, es gibt Wissenschaftler, die sind für das Gesetz. Und dann gibt es Wissenschaftler, die sind gegen das Gesetz. Ich habe hier mal ein

Beispiel, nämlich die EVP-Abgeordnete Christine Schneider. Und die hat dem Hessischen Rundfunk Folgendes gesagt:

„Wir haben uns die Position der Wissenschaftler genau angeschaut und ich hatte übrigens auch am letzten Freitag noch mal ein Treffen. Ich habe auch Wissenschaftler, die unsere Bedenken bestätigen, die sagen, wenn wir jetzt noch einmal 10% der landwirtschaftlichen Produktionsfläche aus der Nutzung nehmen, dann wird der Druck auf die noch existierenden Flächen noch viel, viel größer werden, dann werden die noch viel intensiver bewirtschaftet werden. Und dann würden wir sowohl der Artenvielfalt, als auch dem Klimaschutz einen Bärendienst erweisen. Deshalb, ich verstehe die Wissenschaftler in ihrer Argumentation, wir brauchen Insekten, wir brauchen Bestäuber für die langfristige Ernährungssicherung, aber wir brauchen auch genügend landwirtschaftliche Fläche, damit wir dort entsprechend Lebensmittel anbauen können.“

Ja Frau Kemfert, jetzt noch mal ganz konkret nachgefragt: Gibt es auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die der EVP Recht geben? Gibt's da verschiedene Meinungen in der Wissenschaft?

Claudia Kemfert

Also erstmal: Wissenschaft ist ja keine Meinung, und mir sind die Wissenschaftler da jetzt auch nicht bekannt, die da benannt wurden. Es wurden auch keine Namen genannt, oder ich habe jetzt auch öffentlich nicht gesehen, dass sich da welche explizit zu Wort gemeldet haben. Ich kenne den Brief der Wissenschaftler*innen. Das sind 6000 an der Zahl, die eben deutlich machen, dass das Gegenteil richtig ist. Auch hier wurde jetzt ja gerade noch mal wieder die Fehlinformationen verbreitet, man würde landwirtschaftliche Flächen wegnehmen. Dem ist ja nicht so, sondern es geht ja darum, dass man landwirtschaftliche Flächen aufbereiten will und damit eben auch weiterhin der Landwirtschaft zur Verfügung stellt. Also das ist so das eine, was ich ja eben schon erläutert habe. Das andere ist, dass diese Naturschutzverordnung gerade dazu beiträgt, eben diese Probleme, die auch hier angesprochen werden, zu lösen. Und deswegen sollen ja auch

die einzelnen EU-Staaten Schritte voranbringen, um eben diesen Rückgang der Bestäuberpopulationen zu stoppen, das wurde auch gerade angesprochen, aber eben auch, dass bestimmte Querbauten aus Flüssen entfernt werden. Solche Dinge sind eben wichtig, um auch entsprechend insgesamt die Landwirtschaft zu stärken. Die Verordnung schadet nicht, sondern, sie wird im Gegenteil großen Nutzen bringen. Ein Beispiel ist noch, dass der Anteil von Grünflächen auch im urbanen Gebiet in jedem EU-Staat bis 2040 um mindestens 3% wachsen soll. Also ich meine, gerade in dieser Hitze merken wir auch, wie wichtig das ist, dass wir Grünflächen haben. Und wir sehen überall die Wälder sterben. Und das zu verbessern und da auch wieder einzutreten, dass sich das wieder verändert und umkehrt zu einem Zustand, den wir auch früher hatten, wo ja auch viele landwirtschaftliche Flächen da waren, das ist hier das Ziel. Und deswegen sollte man hier nicht diesen Desinformationskampagnen Glauben schenken, sondern eher dem, was die Wissenschaft deutlich macht. Und in den Erkenntnissen, die die Wissenschaft ja auch hat, diese 6000 Wissenschaftler*innen sprechen ja auch hier für Tausende von Studien in diesem Zusammenhang, die eben sehr deutlich machen, dass die Renaturierung nicht automatisch gleichbedeutend ist, mit der Einrichtung von Schutzgebieten. Das ist das eine, und auch die Natur und Schutzgebiete muss zwar wiederhergestellt werden, aber nicht alle renaturierten Gebiete müssten zu Schutzgebieten erklärt werden. Das ist ja auch dieses Missverständnis, dass man automatisch dann Flächen wegnimmt. Das ist ja auch nicht so. Die Wirtschaftstätigkeiten werden durch diese Maßnahmen nicht ausgeschlossen. Die Renaturierung und die Umstellung eben auch auf nachhaltige Ressourcennutzung sind eben auch von entscheidender Bedeutung, um entsprechend den Verbrauchern und auch den Erzeugern innerhalb und außerhalb der EU da gerecht zu werden. Das sagen ja auch die zahlreichen Wissenschaftler*innen, die sich hier zu Wort geäußert haben. Und wir haben beim Naturschutz ein massives Vollzugsdefizit. Seit vielen, vielen Jahren beobachten wir eine dramatische Verschlechterung der Natur. Und das merkt jeder, der jetzt vielleicht auch mal im Urlaub in der Gegend unterwegs ist und sieht, die

Wälder sterben, und nicht nur auf der Windschutzscheibe keine Fliegen mehr kleben, sondern überall: Wann hat man zum letzten Mal eine Raupe gesehen, oder ein Schmetterling? Richtig viele wie in der Kindheit. Also ich zumindest in meiner Kindheit, ganz, ganz viele. Also, es fällt doch überall auf. Und darum geht es doch, dass wir einerseits Naturschutzziele haben, andererseits aber auch landwirtschaftlich genutzte Flächen so nutzen können, dass sie auch dem Naturschutz dienen. Und da ist tatsächlich das große Missverständnis, was es hier gibt, dass landwirtschaftliche Standorte auch mit großem Potenzial, auch für effektive Renaturierungsmaßnahmen, die ja auch schon geschützt sind, die sind aktuell für die Ernährungssicherheit gar nicht relevant, aber die anderen sind relevant, und die werden dadurch eben gar nicht in dem Umfang beeinträchtigt, wie hier genannt wird. Also insofern muss man da deutlich machen, dass das so nicht stimmt.

Marcus Schödel

Für viele Menschen klingt das, was Sie sagen, sehr plausibel, denke ich mal. Es gibt aber eine Gruppe, die hat das bis jetzt noch nicht überzeugt. Und das sind die Landwirte. Die haben ja auch in Straßburg demonstriert. Also nicht nur Menschen haben dort demonstriert für das Gesetz, sondern auch Menschen gegen das Gesetz und das waren eben auch Landwirte. Und da lassen wir jetzt mal auch in diesem Podcast einen Landwirt zu Wort kommen, und zwar Ackerbauer Adolf Luchs, der aus dem Schwalm-Eder-Kreis kommt. Der hat sich zu dem Gesetz öffentlich geäußert und er hat vor allem ein Problem damit, dass die Pestizide reduziert werden sollen und seine Vorstellung was dann passiert, die sind ziemlich klar.

„Man sagt ja, wir müssen die Pestizide um 50% reduzieren. Das läuft immer wieder darauf hinaus, dass wir weniger produzieren. Und es wird aus dem Ausland kommen. Wir haben ja in der EU bisher keine Überproduktion. Wenn wir weniger Produktion haben, wird mehr Regenwald gerodet, um es mal ganz platt auszudrücken.“

Frau Kemfert, was bringt das für die Natur, wenn wir in der EU nachher alles richtig machen, dann aber Lebensmittel importieren, die dann woanders, in anderen Ländern die Umwelt zerstören, z. B. den Regenwald?

Claudia Kemfert

Ja, also, das ist ja auch ausgeschlossen, dass so etwas passieren sollte. Zumindest ist das nicht das, was die EU vorhat, dass man regenwaldgerodete Lebensmittel importiert. Also da hat man ja auch schon nachgeschärft, dass das eben nicht so passiert. Natürlich, einen Punkt versteh ich hier, dass man da gucken muss, dass internationale Standards so sind, wie wir sie hier auch haben. Und international haben wir auch Biodiversitätsstandards, die ja auch international umgesetzt werden. Es muss darum gehen, dass wir wirklich gut hergestellte Lebensmittel konsumieren, die eben nicht zur Verschlechterung der Natur führen. Und da müssen wir auch international für eintreten, dass das überall passiert. Und ich verstehe die Ackerbauern, oder Herrn Ackerbauer Luchs, der dann eben auch einen erheblichen Preisdruck spürt. Das ist ja auch ein großes Problem mit dem Lebensmittelpreisdumping, dass man da eben dann zu solchen Pestiziden greifen muss und zu einer sehr hohen Fruchtfolge und diese Dinge, damit überhaupt noch diesem Preisdruck standgehalten werden kann. Aber das kann nicht das Ziel sein, und das kann auch nicht unsere Leitlinie sein, sondern wir müssen uns insgesamt für verbesserte Strukturen einsetzen. Also das Renaturierungsgesetz wird nicht zu einer Hungersnot führen. Aber wir müssen da auch in dem Zusammenhang dafür Sorge tragen, dass die Bedingungen gut sind. Das eine sei aber auch noch mal hier gesagt: Also dieser Verordnungsentwurf, es ist eben nicht so, dass 10% der Landwirtschaftsflächen aus der Nahrungsmittelproduktion genommen werden. Noch mal: Es ist ja hier von einem Ziel die Rede, ein Zehntel der gesamten EU Agrarfläche mit Landschaftselementen mit großer biologischer Vielfalt zu gestalten.

Marcus Schödel

Ich habe gelesen, das sind Obstbäume z. B.

Claudia Kemfert

Genau, ich wollte gerade sagen, das sind Obstbäume z. B. und das ist ja auch landwirtschaftliche Nutzfläche. Anderes Beispiel: Auf 7,5% der landwirtschaftlich genutzten Torfmoorflächen bis 2030, soll da eine Wiedervernässung stattfinden. Wiedervernässung, das heißt eben, das soll verhindert werden, dass diese

Böden weiterhin so viele Treibhausgase ausstoßen. Aber das Land soll von den Bauern weiter genutzt werden dürfen. Das heißt, die Erträge könnten vielleicht insgesamt leicht sinken, aber langfristig würden Sie sonst sehr viel stärker schrumpfen, da die Dürre der Klimakrise weiter zunimmt und auch die Bestäuber durch das Artensterben weiter abnehmen. Das heißt, die Erträge werden immer weniger. Der Glaube, dass man das immer so weiterführen kann, ist eben ein Trugschluss. Das heißt, nur mit Naturschutz kommen wir dem entgegen und vermeiden mehr Dürren und vermeiden das Artensterben. Bestäuber nehmen wieder mehr zu und das hilft ja alles nicht nur dem Naturschutz, sondern auch der Landwirtschaft. Insofern, wir zerstören im Moment ja gerade nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern auch die Grundlagen der Erträge für jeden Ackerbauern, auch von dem Herrn Luchs. Und deswegen muss man dagegen steuern und genau das wird ja jetzt durch diesen Gesetzentwurf angestrebt.

22:26

Marcus Schödel

Wir haben jetzt viel über den Inhalt des Gesetzes gesprochen. Lassen Sie uns noch mal politisch draufschauen. Es ist doch wirklich interessant, dass die EVP sich im Prinzip ein Stück weit selbst torpediert. Das Renaturierungsgesetz gehört ja zum Green-Deal. Das haben Sie schon gesagt, und der ist ein Herzensprojekt von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, also einer Parteikollegin. Der EVP-Vorsitzende Manfred Weber, wollte 2019 selbst Kommissionspräsident werden. Das Rennen hat dann aber von der Leyen gemacht. Nächstes Jahr ist wieder Europawahl. Geht es hier um die Sache, oder sind wir Zeuge eines Machtkampfes innerhalb der EVP?

Claudia Kemfert

Tja, das ist wirklich eine gute Frage. Also, man kann ja nur von außen draufgucken. Und was berichtet wurde, z. B. die Schattenberichterstatterin Jutta Paulus hat da berichtet, dass eben EVP-Chef Manfred Weber da diese Anti-Green-Deal-Koalition aus Konservativen, Rechtspopulisten und auch Rechtsextremen angeführt hat und da eben seit Monaten wirklich beispiellosen Druck offensichtlich ausübte, da im Vorfeld, auch auf die EVP-Abgeordneten,

dass die richtig abstimmen, da eben nicht auszuscheren, die Verordnung nicht abzulehnen und dann entsprechend eben auch der Eindruck sich da zeigt, dass das vielleicht nicht unbedingt nur inhaltliche Gründe hat und wie so oft in diesem Zusammenhang da entsprechend Mehrheiten zu generieren und vielleicht auch als Rachezug. Das kann man nur spekulieren, aber ganz sicher geht es hier um politische Gründe im Hintergrund. Da ist wie so oft eben, die Umwelt oder Naturschutz oder Klimaschutz das Thema der Rechtspopulisten, die das dann komplett ablehnen, obwohl der Green-Deal in der Tat eben ein Thema ist, was die Konservativen eigentlich einen sollte und gerade Naturschutz auch einen sollte. Und da wird man sehen, wie sich jetzt die Mehrheiten heute generieren. Also in der Vergangenheit war es extrem knapp und ob da jetzt entsprechend diese Spaltung, die wir schon im Vorfeld gesehen haben, sich so fortsetzt, das werden wir heute sehen. Also, ich bin sehr gespannt. Es wird denkbar knapp werden. Ich wünsche mir sehr, dass es für dieses Gesetz ausgeht, weil es ist für unser aller Lebensgrundlagen, für unser aller Gemeinwohl und deswegen wäre es sehr sinnvoll.

Marcus Schödel

Als wir den Podcast aufgezeichnet haben, war noch nicht klar, ob das Parlament für oder gegen das Gesetz stimmen. Für den Fall, dass das Gesetz kommt, ob jetzt nach dieser Entscheidung, oder später, nach weiteren Verhandlungen und Kompromissen, müssten wir in Deutschland viel ändern, oder sind wir schon hier bei uns auf einem guten Weg? Wir haben ja immerhin über 8900 Naturschutzgebiete, also Gebiete, in denen die Natur ja weitestgehend in Ruhe gelassen wird.

Claudia Kemfert

Ja, aber wir haben auch deutlich Nachholbedarf. Auch bei uns sind keine, wie haben Sie eingangs gesagt, Fliegen an den Windschutzscheiben dran, und die Wälder sterben, also insofern, aber klar! Deutschland ist aber dann auch verpflichtet, effektive Maßnahmen zur Umsetzung auch das zu gewährleisten. Ein Großteil muss dann auch in den Bundesländern realisiert werden. Dann wäre ganz sicherlich sinnvoll, dass man ein nationales Renaturierungsgesetz einführt, dass die Vorgaben der

EU-Verordnung auch auf die Länder dann entsprechend runterbricht und dann auch entsprechend Instrumente eingeführt werden, unter anderem auch für die Flächensicherung und auch mit so einem nationalen Wiederherstellungsplan gebündelt werden müssen. Also dazu finden sich in Deutschland bisher keine bundesweit verbindlichen gültigen Vorgaben auch zur Wiederherstellung der Natur. Und damit wäre auch diese EU-Verordnung eine gute Ausgangsbasis, auch in Deutschland für so einen zielorientierten Rahmen. Auch die bestehenden einzelnen Projekte zu bündeln und großflächig die Ökosysteme wiederherzustellen, das fände ich auch wichtig. Und die EU-Verordnung ergänzt ja jetzt auch aktuell das Aktionsprogramm natürlichen Klimaschutz, dass ja auch vor allen Dingen Förderinstrumente für natürliche Klimaschutzmaßnahmen wie auch diese Wiedervernässung vom Mooren bereitstellt. Und auf der Ebene der Europäischen Union baut die Verordnung ja auch insgesamt auf auf die Wiederherstellung der Natur, auf bestehende, auf überschaubare EU-Umweltrechte bisher und ergänzt das und nutzt auch teilweise diese Methodik der FFH-Verfahrensrichtlinie und ergänzt diese dann auch entsprechend. Und diese Wiederherstellungsmaßnahmen müssten dann aber auch über entsprechende Maßnahmen auch innerhalb dieser FFH-Gebiete hinausgehen. Ein Beispiel wäre hier, dass man für Flüsse entsprechend Vorgaben macht, auch für die Entfernung von Dämmen, auch die bestehenden Wasserrahmenrichtlinien ergänzt, also da finden Sie schon artenreiche Landschaftselemente in der EU-Biodiversitätsstrategie. Aber jetzt würden sie dann eben verbindlich werden. Und das müsste dann auch dementsprechend in Deutschland runtergebrochen werden und entsprechend dann auch ein deutsches Gesetz dann entsprechend umgesetzt werden.

27:57

Marcus Schödel

Wir werden in diesem Podcast auf jeden Fall beobachten, wie es mit dem Renaturierungsgesetz weiter geht.

Claudia Kemfert

Wir sind gespannt, genau!

Marcus Schödel

Genau, also das ist auf jeden Fall eine sehr entscheidende Woche, sehr entscheidende Tage. Wir kommen jetzt aber erst einmal zu einem ganz anderen Thema. Wir sprechen jetzt über eine Gruppe von Menschen, zu denen die meisten, die diesen Podcast hören, wahrscheinlich nicht gehören werden. Wir sprechen jetzt über reiche Menschen, über sehr reiche Menschen. Nämlich über Millionäre und Milliardäre. Jeder, der sich mit dem Klima beschäftigt, weiß inzwischen, dass reiche Menschen deutlich mehr CO₂ verbrauchen als andere. Und bei der Vorbereitung auf diesen Podcast bin ich auf eine Aussage von Julien Backhaus gestoßen, der viele Menschen schockiert hat. Backhaus ist ein deutscher Millionär und Buchautor und er war in einer ZDF-Sendung zu Gast. Und dort ist er von der Moderatorin nach seiner Verantwortung gefragt worden, für die Gesellschaft, und so hat sich das Ganze angehört:

Moderatorin

„Ich würde gern noch ein, zwei Fragen aus dem Chat beantwortet bekommen. Da geht eine an Sie, Herr Backhaus:

Herr Backhaus, wo und wie kommen Sie Ihrer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen und unserer Umwelt nach? Vielleicht auf die Schnelle?“

Julien Backhaus

„Nach mir die Sintflut. Ich habe keine Kinder.“

„Nach mir die Sintflut. Ich habe keine Kinder“, wenn Sie so etwas hören. Frau Kemfert, macht Sie das wütend, wenn ein Millionär so über die Klimakrise redet? Was löst es bei Ihnen aus, wenn Sie so was hören?“

Claudia Kemfert

Naja, er ist da leider nicht die Ausnahme. Und das wissen wir aus der Forschung heraus. Also ich finde es immer wieder krass, das auch so brutal zu hören. Aber er ist ja tatsächlich nicht der einzige. Reiche Menschen, Sie haben es ja schon gesagt, haben ja eine schlechte Klimabilanz, und das Problembewusstsein ist so gut wie gar nicht vorhanden. Und das illustriert auch noch mal in die jüngste britische Studie, die gerade in so einem Fachmagazin Energy Research and Social Science veröffentlicht

wurde und da haben Forschende der Universität Leeds Tiefeninterviews und auch Diskussionsrunden mit sogenannten High-Energy-Konsumenten, zu denen eben hier Herr Backhaus auch gehört, das heißt, wohlhabende Menschen, die durch sehr exzessiven Energieverbrauch sich das eben leisten können und dadurch extrem zur Klimakrise beitragen, befragt. Und die Forschungsfrage war, wie rechtfertigen Menschen mit großem CO₂-Fußabdruck ihren privilegierten, energieintensiven Lebensstil? Und die Frage ist eben hochrelevant. Reiche Menschen gehören zu den Hauptverursachern der Erderhitzung. Das zeigen eben ganz, ganz viele Daten mittlerweile auch des Inequality Labs. Viele andere auch. Und die reichsten 10% der Weltbevölkerung sind für die Hälfte aller globalen Treibhausgase verantwortlich. Die Reichsten Hundertstel kommen sogar auf 17% aller Emissionen und damit deutlich mehr, als die ärmste Hälfte der Menschheit zusammen. Also hier reden wir wirklich über diejenigen, die es eigentlich mehr umsetzen könnten und auch ein größeres Problembewusstsein haben müssten und das haben sie nicht. Diese Befragung ist hochinteressant und ich will ganz kurz noch mal zusammenfassen, was da gesagt wurde: Also insgesamt zeigten sich da wirklich übliche Argumentationsmuster, die wir kennen aus der Diskurse des Nichtstuns oder auch die Diskurse der Verzögerung. Das haben wir hier schon mal aufgerufen, auch in meinem Buch mit den Märkten des Zweifels, also einmal diese Rolle des Whataboutism. Man verweist eben auf andere, die noch viel weniger tun, oder teilweise mehr emittieren. Dann heißt es im Interview: Wir produzieren doch nur 1% der weltweiten Umweltverschmutzung, also was geht mich das an? Oder die Ausrede, auch von Trittbrettfahrern, die dann sagen, naja, ich bin halt Risiken ausgesetzt. Ich denke, wir müssten da vorsichtig sein, aber damit bringen wir uns in eine benachteiligte Position, also Vorsicht. Dann Perfektionismus, also man fordert erst einmal perfekt ausgearbeitete Lösungen, so nach dem Motto: Also es muss erst mal technische Lösungen geben, bevor wir weitermachen können. Dann auch Appell an das Wohlergehen: Man betont so mögliche unerwünschte Folgen. Wenn die Zahl der Flüge in der Welt, sagen wir, um 80% zurückgeht, dann wird es eine massive

Arbeitslosigkeit geben. Dann gibt es diese Scheinlösungen: Also Plastikabfälle sind doch auch problematisch. Viel reden, wenig handeln. Ich denke, die meisten Regierungen der Welt haben jetzt einen ziemlich aggressiv verpflichtet, die Emissionen zu reduzieren. Das heißt, auch da einfach auf andere zeigen. Oder fossile Brennstoffe sind eben Teil der Lösung. Wieso, wir werden doch Hybridautos haben oder E-Fuels. Zuckerbrot, statt Peitsche. Wir müssen doch irgendwie auch auf eine positive Art angeregt werden. Und dann kam der letzte Punkt, der genau das belegt, was hier gedeutet wurde, dass einfach gesagt wurde: Nach mir die Sintflut. Also, es ist mir doch egal, was damit passiert, ich habe Glück einfach in meinem Leben, kann ich bequem leben. Was andere nach mir machen, ist mir doch völlig egal. Und das ist leider, leider die absolute Mehrheit. Das ist brutal, finde ich, was Herr Backhaus da so sagt, das macht mich eben nicht wütend, sondern bestätigt wieder mal die gesamte Forschung, die wir dazu kennen. Aber mich erinnert das an die Klaviatur der Ausreden und auch des Zweifelsäens und letztendlich geht es hier nur um ablenken. Und das ist einfach sehr schade.

33:30

Marcus Schödel

Also, sollte hier unter den Hörerinnen und Hörern auch ein Millionär sein, es gibt sicherlich auch gute Millionäre mit einer guten Einstellung, aber die Wissenschaft zeigt offensichtlich, dass die Mehrheit kein Problembewusstsein hat. Jetzt gibt es ja viele Vorschläge, wie man gegen die Emissionen reicher Menschen vorgehen kann, z. B. von Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber. Er fordert eine CO₂-Obergrenze für jeden Menschen, das heißt pro Jahr darf jeder Mensch drei Tonnen CO₂ verbrauchen. Und wer dann mehr verbrauchen will, der muss sich die Rechte kaufen. Also so eine Art privater Emissionshandel. Was halten Sie davon? Und ließe sich das überhaupt in der Realität umsetzen?

Claudia Kemfert

Naja, also zum einen noch zum Vor-Argument: Natürlich, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber leider, die Mehrheit der Milliardäre oder Millionäre denken eben so. Und da kommen vielleicht auch diese ganzen Argumente

oder Argumentationsmuster her. Also zu Herrn Schellnhuber: Genau, also das ist so ein altbekanntes Thema, was immer wieder an dieses fundamentale Gerechtigkeitsprinzip anknüpfen soll, dass jedem Menschen rein rechnerisch ungefähr drei Tonnen CO₂ jährlich zur Verfügung stehen, was einfach daran liegt, dass das das maximale Treibhausgasbudget ist, von dem wir wissen, dass da die Erderwärmung noch eingedämmt werden könnte, oder unter zwei Grad gehalten werden könnte. Jetzt ist es eben so, dass Superreiche pro Kopf mehr als 2000 Tonnen jährlich ausstoßen. Sie haben richtig gehört.

Marcus Schödel

Das ist ordentlich.

Claudia Kemfert

Millionäre ungefähr hundert Tonnen, nur noch mal zur Dimension, so ungefähr, wo wir hier stehen. Und ich sage jetzt mal, wir beide Durchschnittsbürger etwa zehn Tonnen pro Jahr.

Marcus Schödel

Ein paar Nullen weniger!

Claudia Kemfert

Ein paar Nullen weniger, genau. Und jetzt kam der Schellnhuber-Vorschlag, den kenne ich schon so aus den Jahren 2000, wo man das auch schonmal thematisiert hatte, dann eben diese Zuordnung zu machen, mit den CO₂-Ausstoßen, dann diese Grenze einhalten soll, aber man sieht eben zwei Dinge da dran, die ich interessant finde, aber auch teilweise problematisch. Das eine ist, dass man eben prüfen müsste, wie man einen solchen Emissionshandel wirklich einführen würde, also wie er dann rein rechnerisch, rein theoretisch funktionieren würde. Bekommt dann jeder irgendwie eine CO₂-Karte, oder wie misst man das dann? Und auch das Ungerechtigkeitsthema an der Stelle, weil Reiche können sich nach wie vor freikaufen. Das tun sie ja sowieso, die ganze Zeit. Arme eben nicht so. Das ist das eine Argument dagegen, das zweite ist: Wir kennen diese CO₂-Fußabdruck-Thematik auch schon aus den 1990er-Jahren. Damals hat das der BP-Konzern eingeführt, der Ölriese. Der hat das in den frühen 2000er-Jahren populär gemacht, und da ging es vor allem darum, von der eigenen Schuld am Klimawandel abzulenken. Die

Verantwortung liegt eben nicht beim Unternehmen, sondern beim Verbraucher. Und das ist diese individuelle Abwälzung der Verantwortung. Aber die eigentlichen Verursacher liegen doch eben in den Unternehmen drin. Damit waren sie auch sehr erfolgreich. Diese jahrzehntelange Vernebelungstaktik, sich da irgendwie rauszuwinden aus der Verantwortung. Und wir haben heute immer noch weiter steigende Emissionen. Und der Konzern ist immer noch einer der größten Ölkonzerne weltweit. Also es hat in dem Sinne genau dazu geführt, was da erreicht werden sollte, dass wir nämlich mit dieser Verantwortung abwälzen, letztendlich nicht wirklich vorwärtskommen, und das nicht dazu führt, dass effektiver Klimaschutz betrieben wird, sondern wir uns in einem Klimakarussell befinden oder Whataboutism, jeder zeigt mit dem Finger auf andere und am Ende funktioniert es nicht. Also insofern sehe ich da die Gefahr, dass wir da wieder landen, wo wir jetzt schon irgendwie 23 Jahre später sind, wo wir damals schon mal debattiert haben und es damals auch nicht kam. Sehe ich eher die Lösung darin, jetzt nicht CO₂-Karten zu verteilen, sondern eher die Investitionen der Superreichen, die müssen besteuert werden. Diese Investitionen müssen reguliert werden. Wir brauchen einen Divestment, also die Geldanlagen auch, wo die Superreichen reinvestieren, dass da höhere Steuern draufkommen. Die Unternehmen müssen mehr zur Rechenschaft gezogen werden, radikale Reduzierung der Emissionen, weg von fossilen Energien bei den Unternehmen, die gigantische Kriengewinne einfahren, davon was wegnehmen, aber auch bei den Superreichen. Da höhere Steuern nehmen und es rückverteilen für den Umbau und die Investitionen in erneuerbare Energien usw., in Ladeinfrastrukturen und was wir alles vor uns haben. Alles, was viel Geld kostet und von den Konzernen offenbar so ganz freiwillig nicht gemacht wird.

38:57

Marcus Schödel

Ein Grund, warum Millionäre und Milliardäre so viel CO₂ verursachen, sind die Privatjets. Die Zahl der Flüge hat in den letzten Jahren in Europa deutlich zugenommen, sagt eine Studie im Auftrag von Greenpeace. Und das macht sich bemerkbar. Im vergangenen Jahr sind

durch Privatjets immerhin 3,4 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft geblasen worden. Länder wie Frankreich und Österreich fordern deshalb strengere Regeln. Greenpeace will sogar, dass Privatjets in der EU verboten werden. Ist es der richtige Umgang mit Millionären? Oder halten Sie solche Verbote für zu kleinteilig und wollen lieber bei dem bleiben, was Sie eben aufgezählt haben?

Claudia Kemfert

Ja, also, ich würde eher da bleiben, wo ich eben aufgezählt habe. Aber ich würde auch noch mal ein paar Argumente liefern, warum es schon auch bei den Privatjets teilweise Thema ist. Also in der Tat gibt es bei der Luftfahrt wirklich dann eben große Verschmutzer. Das sind diese sogenannten Privatjets, weil die Emissionen auf die beförderten Personen, wenn die umgelegt werden, riesenhoch sind. Und diese Privatjets verursachen eben 5 bis 14 Mal mehr Verschmutzung pro Passagier, als wenn man sich jetzt in ein normales Flugzeug setzen würde. Das heißt aber, wir haben es hier mit einer sehr kleinen, privilegierten Klientel zu tun. In Großbritannien beispielsweise zeigt eine Studie, fliegt irgendwie die Hälfte der Bevölkerung maximal einmal im Jahr, während gerade mal 1% der Briten für ein Fünftel aller internationalen Flüge vom Königreich verantwortlich sind. Also vor allen Dingen im Fokus – und da kommt ja auch diese Initiative her – sind diese Multimilliardäre in Frankreich, da gibt es auch eine extreme öffentliche Diskussion da drum, also, wo eben diese extremen Privatflugzeugs-Aktivitäten besonders am Pranger stehen. Da sind sie aber auch besonders aktiv. Also wenn man sich dann mal rein guckt, wo jetzt die meistgeflogenen Strecken in Europa stattfinden mit diesen Privatjets, dann ist das von Paris nach Genf. Luftlinie 410 km. Also da fährt auch ein Zug innerhalb von drei Stunden durch, meine ich. Oder auf Rang zwei Route Paris nach Nizza. 680 km, da gibt es auch einen hochfrequentierten TGV, also einen Zug, 5:40 Stunden braucht er. Oder innerhalb Frankreichs sind eben auch Möglichkeiten da, mit dem Zug zu fahren. Und auch in Deutschland gibt es Privatflugzeuge. Also, da gibt es auch dann skurrile Flugstrecken, bspw. von Stuttgart nach Böblingen. Das sind 15 Kilometer, wo man sich fragt,

das sind aber sehr kurze Distanzen, für Privatjets.

Marcus Schödel

Ja, das lohnt sich ja gar nicht, abzuheben.

Claudia Kemfert

Es lohnt sich gar nicht, abzuheben. Oder eben Hamburg – Sylt. Das ist jetzt auch vielleicht so etwas, was man in Frankreich dann anprangern würde, weil man da irgendwo so etwas gerne anprangert. Aber auch da kommt man mit drei Stunden Zug hin. Also, insofern versteh ich schon da auch den Ansatz, wo man Privatjets regulieren könnte. Da braucht man allerdings eine EU-weite Regelung. Da bräuchte man aber auch mehr Transparenz erstmal, finde ich, was den Menschen, die da fliegen, gar nicht passen dürfte, weil es da um Diskretion geht. Die wollen nicht gesehen werden. Oder man könnte eben solche Privatflüge höher besteuern. Das wäre auch eine Möglichkeit, da eben entsprechend vielleicht so einen Privatjetabflug dann eher unattraktiver zu machen.

Marcus Schödel

Also dann so teuer zu machen, quasi, dass es selbst Milliardären wehtut.

Claudia Kemfert

Ja, vermutlich ist das schwierig. Es gibt z. B. Amsterdam-Schipol, Flughäfen, die machen teilweise jetzt für Privatjets dicht. Die schaffen da einfach Fakten. Die haben aber auch anderweitig sehr viel Betrieb. Ohnehin wollen diese Privatjetbetreiber ja gar nicht auf diese großen Flughäfen. Die wollen ja diese langen Wartezeiten gar nicht haben, wollen dann eher auf so kleinere. Also da würde ich mal ansetzen. Vermutlich ist es so, dass, wenn man eine Kerosinabgabe jetzt einführen würde, dass sie das gar nicht juckt. Und dann, Fliegen ist aber generell viel zu billig. Das gehört generell da jetzt in diese Transformation des Verkehrssektors rein, das Kerosin ist nach wie vor steuerbefreit, das endlich zu ändern. Ich wäre sehr dafür. Da habe ich schon öfters für geworben, Regionalflughäfen nicht mehr zu subventionieren. Also da, wo die starten und landen, 40 Millionen Euro zahlen wir dafür im Jahr, by the way, für diejenigen, die es nicht wissen, Steuergeld, aber auch emissionsfreie Kraftstoffe wären ein Weg. Umweltauflagen erhöhen. Einzelne Flughäfen könnten auch dichtmachen für

Privatflugzeuge. Aber das Allerwichtigste sind die Bahnverbindungen. Die müssen schneller werden, attraktiver, aber ich kann mir vorstellen, dass das jetzt für diese Privatjetnutzer vielleicht nicht so ganz attraktiv ist. Die Bahn ist ja nicht so diskret, die ist voll, die ist laut und so.

Marcus Schödel

Es gibt ja noch die erste Klasse.

Claudia Kemfert

Ja, genau, da müsste man sowas einführen, was die Queen in England hatte, ein eigenes Abteil oder so, einen eigenen Wagen.

Marcus Schödel

Einen eigenen Zug!

Claudia Kemfert

Genau, einen eigenen Zug, wo die dann damit hin- und herfahren. Dann hätte man vielleicht eine Alternative. Also, dann sind wir wieder so ein bisschen back to the roots. Früher glaube ich, gab es das auch schon mal so, dass es da eigene Züge gab, für diejenigen, die sich es überhaupt leisten können. Aber Spaß beiseite. Also es gibt genügend Möglichkeiten. Ich finde es auch richtig, dass man es überhaupt mal thematisiert.

44:37

Marcus Schödel

Dann verlassen wir das Thema Millionäre und reiche Menschen und kommen zu einem Thema, bei dem Geld auch eine Rolle spielt, nämlich Cyberkriminalität. Ich habe nämlich eine Empfehlung für Sie, einen sehr spannenden Podcast. Der Podcast beschäftigt sich mit einem Hackerangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld. „You are fucked - Deutschlands erste Cyberkatastrophe“, so heißt der Podcast. Und der heißt deshalb so, weil Hacker vor zwei Jahren die Verwaltung im Landkreis Anhalt-Bitterfeld lahmgelegt haben und auf den Computern die Nachricht hinterlassen haben ‚You are fucked‘. Die Hacker wollten richtig viel Lösegeld, eine halbe Million Dollar. Und sie haben richtig viel Schaden angerichtet. Fahrschüler konnten sich nicht anmelden für Prüfungen, ausländische Studierende sind nicht an Unterlagen gekommen, und es hätte nicht mehr viel gefehlt, dann hätten auch Sozialleistungen nicht mehr ausgezahlt werden können. Das ist wirklich eine extrem spannende Geschichte.

Für den Podcast brauchen Sie keine technischen Vorkenntnisse. Da kann ich alle Hörerinnen und Hörer beruhigen. Die Kollegen erzählen die Geschichte wunderbar. Sie haben mit Leuten aus der Verwaltung gesprochen, haben sich auf die Suche gemacht, auch nach den Tätern. Und sie haben geschaut, was die Behörden aus dem Fall gelernt haben. „You are fucked“ ist ein MDR-Podcast – Ja, dieses Wort sagt man wirklich nicht so oft.

Claudia Kemfert

Entschuldigung, ich zucke da jedes Mal zusammen. Ich gehöre einer anderen Generation an, sorry.

Marcus Schödel

Also genau, jetzt bin ich ganz durcheinander. Es ist überhaupt nicht schlimm. Also genau diesen Podcast, ich sage den Namen jetzt nicht noch einmal, ich habe ihn oft genug gesagt, den finden Sie in der ARD Audiothek und überall dort, wo es Podcasts gibt. Und das muss an dieser Stelle auch mal gesagt werden, ein ganz großes Dankeschön an alle IT-Abteilungen in Deutschland, die dafür gesorgt haben, dass solche Angriffe meistens keinen Erfolg haben. Frau Kemfert, wir sind ja beide auch drauf angewiesen, dass wir den Computer anschalten und alles funktioniert. Ich beim MDR, Sie beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Ohne die IT-Leute wären wir, glaube ich, echt aufgeschmissen.

Claudia Kemfert

Ja, ein ganz großes Kompliment an alle IT-Leute auch bei uns im Haus. Also die Hackerangriffe kennen wir natürlich auch, ich persönlich auch. Meine Webseite wurde schon häufig angegriffen usw., also insofern, ich bin nur bei dem Wort eben zusammgezuckt. Das ist nichts gegen den Podcast, das klingt super spannend, höre ich mir sehr gerne an. Aber ich gehöre einfach einer anderen Generation an, da sagen wir das nicht so oft, oder es ist bei mir anders konnotiert, als bei anderen.

Marcus Schödel

Die Hacker könnten sich ja auch ein bisschen vornehmer ausdrücken.

Claudia Kemfert

Ja, ich glaube, das gehört bei denen dazu so.

Also das ist deren Handschrift. Aber hochspannend. Ich finde es ganz wichtig, das aufzuklären.

47:15

Marcus Schödel

Jetzt, liebe Hörerinnen und Hörer, sind Sie dran. Sie haben die Möglichkeit, der renommierten Professorin Claudia Kemfert Ihre Frage zu stellen, hier in diesem Podcast. Schreiben Sie uns am besten eine E-Mail. Die Adresse lautet klimapodcast@mdr.de, oder Sie können uns auf die Mailbox sprechen. Hier die Nummer: 0800 40 40 008.

Das hat auch Kim B. getan. Er hat sich Gedanken über die Hitze gemacht. Die meisten Menschen spüren in diesen Tagen, was Hitze mit einem macht. Hinzu kommen Schlagzeilen wie: Die erste Juliwoche war die heißeste weltweit seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Dann haben spanische Forscher ausgerechnet, dass es im letzten Sommer in Europa 60.000 Hitzetote gegeben hat. Und Kim B. ist das Problem jetzt mal ganz praktisch angegangen und hat sich überlegt, was man gegen die Hitze tun kann. Und hier kommt seine Frage beziehungsweise sein Vorschlag:

„Hallo Frau Kemfert, hier ist Kim B. aus Waldrohrbach. Warum werden neue Straßen nicht weiß angemalt? Das wäre doch eigentlich sinnvoll in Zeiten von Hitzewellen und heißen Innenstädten. Soweit ich das weiß, könnte das Sonnenlicht reflektiert werden, die Städte würden sich weniger aufheizen, die Menschen und die Umwelt würden weniger unter der Hitze leiden und Blow-Ups würde es auch weniger geben. Bei Dächern wird ja auch schon darüber nachgedacht, sie weiß anzustreichen.“

Weißer Straßen – klingt innovativ und erst einmal plausibel. Aber in der Realität wird es wahrscheinlich nicht ganz so einfach sein, oder, Frau Kemfert?

Claudia Kemfert

Naja, also erst einmal herzlichen Dank an Herrn B. für die Frage. Aber er hat völlig recht, also weiße Oberflächen reflektieren eben das Sonnenlicht stärker als dunkle und können deswegen auch die Hitze besser abhalten. Das ist eine alte Weisheit. Die findet aber auch immer

öfter Anwendung, auch gerade, um die Temperaturen in den Großstädten zu regulieren. Also wir wissen ja, wie heiß das werden kann in den Sommern, wenn auch der Asphalt sich so aufheizt. Im Übrigen könnte weiße Farbe sogar auch dazu beitragen, die Erderwärmung zu verzögern. Da gab es schon etliche Studien dazu, auch jüngst noch mal wieder aus den USA, ich glaube von Perdue-University, die letzte, wo eben diese superweiße Kalkfarbe entwickelt wurde, die 95% des einfallenden Lichts reflektiert. Und am Markt so weiße Farbe kommt irgendwie so auf 80-90%. Und es zeigt sich eben auch in den Tests, dass dieses Superweiß die Oberflächentemperatur eines Gebäudes beispielsweise um zwei Grad niedriger halten kann. Und das ist nicht wenig, also bei Nacht fiel dann sogar die Oberflächentemperatur um zehn Grad niedriger aus, oder wurde zehn Grad niedriger und da kann man sich dann fast Klimaanlage sparen. Das ist insbesondere in den USA auch total relevant. Also das ist so, dass auf den Hausdächern, oder auch auf den Straßen, in der Tat immer häufiger hellere Farben angewendet werden, oder auch teilweise weiß, um dieses Albedo heißt es in der Fachsprache, dieses Rückstrahlvermögen auch in der Stadt zu ermöglichen. Und im großflächigeren Einsatz, ist dieses Albedo, aber auch auf der ganzen Erde möglich, um eben dann auch die Erderwärmung etwas aufzuhalten, wenn man es dann nutzen würde. Ganz so einfach, wie es klingt, ist das aber leider nicht. Also gerade, wenn es jetzt um diese großflächige Aufhellung geht, bspw. jetzt global gesehen, bei der Bekämpfung des Klimawandels, könnte eben diese großflächige Aufhellung auch von Wüsten dazu führen, dass Niederschlagsmengen in den Subtropen sinken, oder eben auch die Wirkung auf den Menschen, die es gibt. Also es zeigt sich eben, dass stark reflektierende Böden, Oberflächen, dadurch den thermischen Stress beim Menschen erhöhen. Also das ist auch ein Effekt, den man nicht vernachlässigen darf. Ich würde es nicht so als naiven Ansatz sehen, aber man könnte es kombinieren, mit verschiedenen anderen Maßnahmen, gerade wenn man in den Städten ist, jetzt in Kombination auch mit architektonischen Maßnahmen, nicht nur von Gebäuden, sondern auch die Durchlüftung der Stadt, bspw., wenn es darum geht, Bodenflächen – da sind

wir wieder bei der Natur, bei der Begrünung, bei der Bepflanzung, die ja auch Schatten spenden und damit auch Verdunstungskälte produzieren. Also begrünte Hausdächer, die sind auch im Winter vorteilhaft, nicht nur im Sommer. Also grundsätzlich gesehen ist es aber, da gebe ich Herrn B. recht, das Aufhellen von Straßen eine gute Idee. Also schwarzer Asphalt ist wirklich tödlich für das Klima, aber auch für uns, letztendlich. Also, da sollte man... auch parkende Autos, im Übrigen, die heizen sich ja auch auf, die könnte man auch besser in überdachte Garagen verfrachten. Also dieser ganze ruhende Verkehr, der verursacht auch Hitzestau in einer Stadt, also alles wirklich problematisch. Insofern, da gibt es auch schon Flächen, wo das genutzt wird, bspw. Betonfahrbahnen, wo man dann eher hellere Farben oder weiße Farben hat. In Los Angeles wird es auf Straßen schon angewendet, da hat man auch einen deutlichen Kühleffekt. Diese Hitze, also gerade in Los Angeles. Ich weiß nicht, wer jemals schon mal da war, da gibt es eine unheimliche Hitzeeinstrahlung. Da können Sie dann teilweise auf der Straße Eier braten. Also so heiß wird es da. Da braucht man einen echten Kühlungseffekt für die Menschen dort. Und da wird es teilweise auch schon angewendet. Und auch in Österreich, Deutschland, auch in der Schweiz, die testen auch schon weißen Belag, aber vorerst nur auf Schienen. Da ist es nämlich so, dass durch die Farbe – in Bayern wird das gemacht – verhindert werden soll, dass die Schienen zu heiß werden und sich dadurch verbiegen. Und da hat die Deutsche Bahn auch schon Versuche durchgeführt. Also insofern, heller Anstrich auch auf Schienen, kann da tatsächlich die Schienen um bis zu sieben Grad kühler machen. Und bei Straßen führt ein heller Anstrich auch zu einer deutlichen Abkühlung, also insofern ist es eine gute Idee, die Herr B. hat und es wird hoffentlich auch weltweit weiter Anwendungen finden.

Marcus Schödel

Da bin ich mal gespannt, wie die Straßen bald aussehen werden, bei uns. Die Frage von Herrn B. ist damit beantwortet. Wir sind am Ende dieser Podcast-Folge. Noch ein Hinweis: Der MDR bietet, wenn es um Klimathemen geht, nicht nur diesen Klima-Podcast an, sondern es gibt auch Klima-Infos zum Lesen. Der MDR

schickt jeden Freitag einen Newsletter raus, das MDR Klima-Update. Wer Interesse hat, registrieren können Sie sich auf der Seite von MDR Wissen. Ich bedanke mich bei allen Hörerinnen und Hörern und natürlich bei Ihnen, Frau Kempfert. Die nächste Folge von Kempferts Klimapodcast gibt es dann wieder in zwei Wochen.

Claudia Kempfert

Danke Ihnen! Und bis in zwei Wochen.

MDR Aktuell: Kempferts Klima-Podcast
